



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 30. Mai 1879.

Nr. 247.

## Deutschland.

Berlin, 29. Mai. Aus Anlaß der vom Reichsfinanzminister gegen die Freihafen-Stellung Hamburgs und Bremens ergriffenen Initiative erörtert heute auch die „Freib. Corr.“ die Aussichten auf eine Erledigung dieser Frage im Sinne des Zollanschlusses. Zunächst hält sie aber eine gründliche sachliche Prüfung und Untersuchung für unumgänglich. Ergiebt dieselbe, daß der Zollanschluß für die Hansestädte keine nennenswerthen Gefahren oder Nachteile, so wäre sie selbst gemeinnützig und national gesinnung genug, um sich nicht länger zu sträuben:

„Gegenwärtig ist ein kleines Stück von Hamburg und ein kleines Stück von Bremen deutsches Zollgebiet; in Zukunft würde dieses kleine Stück dem freien Welthandel angehören und der ganze Rest der Stadt wäre gleich dem Binnenlande innerhalb der Reichszollgrenze. Es kann kein Zweifel sein, daß für den letzteren Zustand allerlei nicht unerhebliche Gründe sprechen, am meisten bei den Bewohnern Hamburgs und Bremens selbst. Müssen sie doch bei jedem noch so kleinen und kurzen Ausfluge mit Gepäck sich der Zollrevision unterwerfen. Ist doch ihr Handwerk und ihr Kleinhandel abgeschnitten von der Kundschaft der weiteren Umgegend! Fällt doch auf sie die Demoralisation des Schmuggels zurück, welchen die sie überall so nahe umschließende Zollgrenze gebiert und nährt! In Folge unseres Rückfalls in die Schutzöllnererei werden alle diese Unannehmlichkeiten noch steigen. Aber steigen wird freilich auch der Unterschied zwischen den Preisen nicht weniger Lebensbedürfnisse im Freihafengebiet und im Zollgebiet, steigen die Menge der der Verzollung zu entziehenden, unbezogenen Waren des bausischen Großhandels und die Schärfe der Zollaufsicht. Es ist deshalb vielleicht zu bezweifeln, daß der Eintritt der beiden Plätze nicht von ihnen selbst oder von anderer maßgebender Seite ernstlich ins Auge gefaßt wurde, so lange unsere Handelspolitik gemäßigter freihändlerischer war. Es wäre für sie vielleicht zu wünschen, die Frage ließe sich vertagen bis zu dem demnächst eintretenden Niedrücken der schutzöllnerischen Fluth, auf das wir ja nach dem sozialen Meteorologen Schmöller mit aller Bestimmtheit in Bälde rechnen können, — und freilich noch zuversichtlicher nach der Klarheit und Entschiedenheit, mit welcher sich schon während des heutigen unglücklichen Kampfes im Volke der nahe Umschlag ankündigt. Allein nachdem Fürst Bismarck jene Sache nun einmal aufgenommen hat, ist das doch kaum mehr zu erwarten. Hamburg und Bremen werden sich begnügen müssen, auf erspinnerischer und unvornehmlicher Prüfung zu bestehen. Die Enquete, der sie ihre Freihafenstellung mit dem Risiko des Verlustes unterbreiten sollen, darf nicht die Züge der Zolltarif-Enquete oder der Eisen-Enquete, sondern muß die der Baumwoll- und Leinen-Enquete und der Tabak-Enquete an sich tragen. Es kann auch keine bloß vom Bundesrath anzuordnende, einseitige Untersuchung sein, sondern muß der Selbstständigkeit Hamburgs und Bremens, sowie dem ihnen bis jetzt doch immer noch zustehenden Verfassungsschutz gebührende Rechnung tragen.“

— Die „N.-Z.“ schreibt:

Die Fortdauer einer starken Silberproduktion gegenüber dem auf dem Silbermarkt herrschenden Ueberfluß und der verminderten Nachfrage hat vielleicht mehr als die deutsche Münzreform oder die Veränderungen des indischen Marktes zu der fortwährenden Herabdrückung der Silberpreise und der Verschiebung des Werthverhältnisses zu Gold beigetragen. Man hat daraus, daß die Silberminen in Nevada und in Kalifornien ungeachtet der eingetretenen bedeutenden Preisermäßigung ungehindert weiterproduzieren, auf den außerordentlichen Reichtum derselben und die verhältnismäßig niedrigen Produktionskosten schließen zu dürfen geglaubt. Nach einer Darstellung der zeitigen Produktionsverhältnisse, welche der „Hamb. Börsenhalle“ aus San Francisco zugehen, hat dabei die Spekulation eine so hervorragende, die Wirkung der natürlichen Bedingungen geradezu aufhebende Bedeutung, daß dadurch die Sicherheit der Beurtheilung gänzlich in Frage gestellt erscheint. Wir lassen die jedenfalls interessanten und wohl beachtenswerthen Mittheilungen hier folgen:

„Zwar ist an der Pacificküste hier und da ein Silberbergwerk wegen Unrentabilität stillgestellt worden, aber das waren immer nur Fälle, in wel-

chen die Mine Eigenthum nur eines Besitzers oder einer kleinen Anzahl Theilhaber war. Diese Privatunternehmungen verschwinden aber vollständig gegen die Aktienunternehmungen, die nicht allein die weitaus meisten, sondern auch die bedeutendsten Silberminen ausbeuten. Diese Aktiengesellschaften stellen nun nicht den Betrieb ein, sobald derselbe unrentabel wird, denn die Aktienbesitzer, so unglaublich das klingen mag, rechnen gar nicht auf Dividenden, sie suchen Gewinn und Erfolg nur in dem ungelägten Aktienhandel, diesem Fluge Kaliforniens. Die Präsidenten, Verwaltungsräthe und alle Beamten der Minen sind mit hohen Gehältern bedacht, und diese beziehen sie, indem sie sich wenig Sorge darum machen, ob die Unternehmungen rentiren oder nicht. Wenn die Ausbeute die Betriebskosten nicht mehr deckt, dann werden einfach Zuschüsse ausgeschrieben und diese Aktienbesitzer leisten diese Zuschüsse auch, ohne zu fragen, wozu sie verwandt werden. Und diese Zuschüsse sind enorm; hat man doch berechnet, daß in einigen Jahren die Besitzer von Aktien völlig werthloser Minen achtzig Millionen Mark einzahlen mußten. Die Dividendenabzählungen verschwinden diesen Zuschüssen gegenüber, wenn wir die Silberminen ins Auge fassen. Als Beweis dafür wird der Silberstaat Nevada angeführt, von dessen 700 Minen im vorigen Jahre nur sieben Dividenden bezahlt haben. Und von den 25 Minen der Comstockader, die bekanntlich noch in Nevada, aber hart an der kalifornischen Grenze liegt, haben nur zwei und diese auch nur mit großen Unterbrechungen Dividenden bezahlt. Diese beiden sind nicht allein die reichsten, sondern auch die bestverwalteten im Comstockbezirk. Im verfloffenen Vierteljahre hat dem offiziellen Berichte zufolge, die Consolidated Virginia einen Brutto-Ertrag von 3,496,800 Mark, die California einen solchen von 3,812,000 Mark geliefert. Wirft man diese beiden Beträge zusammen und scheidet die Goldproduktion aus, so beträgt dieselbe 3,450,800 Mk., es verbleibt also für Silber die Summe von 3,858,000 Mk. Die Kaliforniamine konnte von ihrem Bruttoerlöse von 3,812,000 Mark keinen Cent für Dividenden abgeben, die Consolidated Virginia zahlte für die drei Monate eine Dividende von 1,080,000 Mk. Beide Minen zusammen erzielten seit ihrem Betriebsbeginn überhaupt eine Bruttoeinnahme von rund 426 Mill. Mark, wovon die Aktionäre aber nur rund 286 Millionen Mk. erhielten. Am Verlaufe des Silbers gegen Gold wurde ein Verlust von bisher fast 26 Mill. Mark erlitten. Dieser Verlust ist jetzt so drückend, daß Erz, das 400 Mk. per Tonne erzieht, keinen Nettogewinn übrig läßt, wenn es nicht einen tüchtigen Prozentsatz Gold enthält. So reichhaltiges Erz wird aber nur an wenigen Stellen gefunden und daraus möge man den Grund ersehen, warum diejenigen Minen, welche man als Silberminen bezeichnet, die aber doch einen kleinen Bruchtheil Gold liefern, nicht prosperiren können, denn das günstige Verhältnis von 48 Prozent Gold und 52 Pct. Silber, wie in den Bonanzminen findet sich kein zweites Mal in Nevada. Wenn nun die beiden reichsten Minen, zum Mindesten Nordamerikas, nicht prosperiren können, was soll man von den weniger begünstigten Silberminen erwarten? Die Antwort liegt auf der Hand, aber trotzdem wird ihr Betrieb nicht eingestellt, denn allenfalls nothwendig werdende Zuschüsse leisten die Aktienbesitzer aus oben angeführtem Grunde gern und willig.“

Daß diese Art von Ueberproduktion nicht in alle Ewigkeit fortgehen kann, ist ebenso sicher, wie die endlich eintretende Unlust oder Unfähigkeit der spekulirenden Aktienbesitzer, anstatt Dividenden einzuziehen, fortgesetzt Zuschüsse zu zahlen. Ist also die obige Darstellung wirklich in der Hauptsache richtig, so sieht ein allgemeiner großer Krach der Silberminen wohl schon in nächster Zeit bevor. Der Einfluß dieser Eventualität muß auf die zukünftige Stellung des Silbers auf dem Weltmarkte eine tiefgreifende sein.

— Die Studentenschaft von Marburg veranfaßte, wie „W. I. B.“ meldet, gestern Abend zu Ehren des Kultusministers Dr. Falk einen Fackelzug, an welchem etwa 500 Studierende Theil nahmen. Auf das von den Studierenden ausgebrachte Hoch dankte der Minister für die Beweise der Theilnahme der Studierenden und sprach die Hoffnung aus, daß Marburg eine Pflanzstätte der Wissenschaft bleiben möge.

— Der Reichskommissar für die australischen Weltausstellungen, Herr Geh. Rath Neuleaur erläßt eine Bekanntmachung, nach welcher die für Sidney bestimmten Ausstellungsgüter bis spätestens den 5. Juni in Hamburg bei der Firma Rosenberg, Loeve und Co. abgeliefert sein müssen.

## Ausland.

Wien, 28. Mai. Neben der Grenzregulirungsfrage beschäftigen die Vorgänge in Albanien die Regierungskreise in Cetinje. Erst vor 8 Tagen kam der berühmte Jussuf Bey, einer der Leiter der albanesischen Liga, aus Brindisi nach Cetinje, um über die Bewaffnung der ober-albanesischen Stämme sich genaue Informationen zu verschaffen. Die Hotti stehen bis auf den letzten Mann Gewehr bei Fuß und die Miriditen sollen in ihren Bergen gleichfalls nicht müßig sein. Es ist eine hier bekannte Thatsache, daß die Niederoberrubung von Podgoriza ihren Platz im albanesischen Programme hat. Ist die von dieser Seite Montenegro drohende Gefahr auch nicht imminent, so besteht sie doch. Man hat sich demnach veranlaßt gefunden, bei Zeiten einige Vorkehrungen zu treffen. Vor Allem denkt man an die Schaffung mehrerer festen Plätze an der ziemlich exponirten albanesischen Grenze. Namentlich soll Podgoriza zu einer starken Position gemacht werden. Angesichts des Umstandes jedoch, daß es Montenegro zur Realisirung dieses Planes so gut wie an Allem fehlt, hat sich der Fürst an den Czaren mit der Bitte gewendet, er möge Montenegro hilfreiche Hand leisten. Der Schritt soll infolgedessen von Erfolg gekrönt sein, als das russische Kriegsministerium bereits Genie-Offiziere bestimmte, welche die Baupläne an Ort und Stelle zu entwerfen haben. Ob der russische Finanzminister mit gleicher Bereitwilligkeit Geld für die Baukosten zur Verfügung stellen wird, mag bei dem Stande der russischen Finanzen vorläufig noch unerblickt bleiben.

Paris, 27. Mai. Der „Temps“ findet anlässlich der Aeden, die gestern bei Ueberreichung der Kardinalsharette vom Präsidenten der Republik und den kirchlichen Hirten von Toulouse und Poitiers gehalten wurden, daß keiner der beiden Prälaten auch nur im Geringsten daran dachte, gegen die republikanischen Einrichtungen zu protestiren. Freilich ist dies offen nicht geschehen, allein der Ausdruck des Papstes Gregor, den der Kardinal Desprez citirte: „Wisset, daß die oberste Gewalt euch von oben gegeben ward... damit das Reich der Erde dem Reich des Himmels diene“, war wohl so viel werth wie ein unverhohlener Protest, wenn auch nicht wider die gegenwärtigen Einrichtungen, so doch desto mehr gegen die Tendenzen der Republik; und wenn der Kardinal noch zum Schlusse bemerkte, daß ihn ein ehedem auf dem Altar abgelegter Eid verpflichtete, selbst mit Gefahr seines Lebens die unveränderlichen Rechte der Kirche zu verteidigen, so war dies unter allen Umständen ein deutlicher Fingersich, daß die Kirche ihre alten Ansprüche auf die Herrschaft nicht ausgegeben. Grevy bejaß Kaltblütigkeit genug, auf diese versteckten Drohungen trocken zu antworten, daß die Regierung, wenn sie die Rechte der Kirche auch nicht über die des Staates stelle, doch beide schützen werde. Die ultramontane Presse stößt heute diese friedlichen Worte des Präsidenten mit einem wahren Ingrimm zurück. „Was für einen Werth“ — bemerkt die „Union“ — „können solche Schutzversicherungen haben gegenüber den Gesehtwürfen, die von der ganzen Regierung unterstügt werden und den Zweck haben, das Recht der Kirche in Sachen des Unterrechts zu vernichten... Was für Vertrauen verdienen die Worte Grevy's nach den Erklärungen des Kultusministers, denen der gesammte Jakobinismus zugejauchzt hat?“ Und der „Monde“, das Organ der päpstlichen Nunciatur, bemerkt trocken: „Es gehört eigentlich doch ein gewisser „Aplomb“ dazu, zu erklären, daß eine Regierung, die unter ihren Ministern einen Ferry und einen Lepere zählt, von lebhafter Sorge für den Schutz der kirchlichen Rechte beseelt ist.“

Paris, 27. Mai. In Marseille ist der Bischof mit dem Maire wegen der Prozeßion, welche dort seit 1720 wegen der Pest stattdessen wieder in Streit. Ungeachtet des von der Gemeindegewalt erlassenen Verbots schrieb der Bischof an den Maire, er möge seine Maßregeln zur Erleichterung der Prozeßion ergreifen; dieser schrieb dem Bischof zurück, daß die einzigen Maßregeln, die er ergreifen werde, darauf abzielen würden, die Ausführung der Ver-

ordnung zu sichern, welche die Prozeßion verböt. Der Maire fügte hinzu, daß „ein Verkennen der Autorität dieser Verordnung ein Verstoß gegen den Gehorsam sei, welchen Jeder dem Geseze des Landes schulde und in welchem namentlich die Staatsbeamten wegen ihres hohen Ranges ein gutes Beispiel geben müßten“. Zugleich kündigte er dem Bischof seinen festen Entschluß an, „jede gegen die Geseze gerichtete Kundgebung zu verhindern und nöthigenfalls aufs strengste zu unterdrücken“.

Paris, 28. Mai. Bei der gestrigen Berwerfung des von dem Parteiführer der Radikalen Clemenceau gestellten Antrages auf Freilassung Blanqui's bestand die Majorität aus den Mitgliedern der verschiedenen republikanischen Fraktionen mit Ausnahme der äußersten Linken, sowie aus 4 Bonapartisten. Die Monorität setzte sich aus 70 Deputirten der äußersten Linken und der republikanischen Union sowie aus 70 Bonapartisten und 60 Monarchisten zusammen. Unter den Abgeordneten, welche sich der Abstimmung enthielten, verdienen Baron Haupmann und seine Gruppe hervorgehoben zu werden, welche auf diese Weise ihr Versprechen erfüllten, mit der Revolution niemals ein Bündniß eingehen zu wollen. In Folge der Berwerfung des Antrages Clemenceau hat der radikale Deputirte Lectroy seine Interpellation betreffs der Ausführung des Amnestiegesetzes zurückgezogen. Uebrigens wird die gestrige Erklärung des Justizministers dahin ausgelegt, daß die Regierung doch beabsichtige, Blanqui noch vor dem 5. Juni, an welchem Tage die Wirksamkeit des Amnestiegesetzes aufhört, zu begnadigen.

Salonichi, 18. Mai. Was in den letzten zwei Wochen auf dem süd-macedonischen Insurrektions-Schauplatze (und dieser beschränkt sich vorläufig genau auf die Bezirke von Kastora, Prilip, Gjordzcha und Dzhrida) vorgefallen ist, läßt sich in einigen Sätzen zusammenfassen. Eine 600 Köpfe zählende Schaar unter der Anführung Steffo's wollte die Eisenbahnstation Merove einäschern und die nahen Brücken und zwei Tunnels zerstören. Die von hier und Uesküb mittelst Bahn abgeschickten Truppen sammt einer halben Batterie trafen in Merove noch rechtzeitig ein, um den geplanten Ueberfall zu vereiteln. Die Insurgenten zogen sich bei der Nachricht von der Ankunft der Truppen eiligst ins Gebirge zurück.

Einen nicht minder verunglückten Versuch zur Ueberrumpelung des Städtchens Razlag unternahm kürzlich der Woywode Marinoff. Er stieg von der Jabana-Planina herunter und dirigirte seine aus 500 Mann bestehende Abtheilung auf Razlag. Der türkische Kommandant der Razlager Garnison rüdte dem Marinoff entgegen, traf ihn 2 Stunden von diesem Orte entfernt und lieferte ihm ein blutiges Treffen, das über 6 Stunden dauerte und den Insurgenten 120 Mann an Todten allein kostete, die auf dem Kampplatze liegen blieben. Die derroteten Insurgenten flüchteten ins Gebirge zurück, während die Razlagers, zwei schwache Bataillone unter dem Kommando Roza Bepa, in ihren Garnisonsort zurückkehrten. Von sonstigen Kämpfen in Süd-Macedonien hört man in verlässlicher Weise nichts.

## Provinzielles.

Stettin, 30. Mai. Es ist anzuerkennen, daß sowohl vom ornithologischen Verein, als auch vom Publikum alles aufgeboten wird, recht viele gefiederte Sänger nach den Anlagen zu ziehen und auch dort zu erhalten. Ein Vermehrung der Singvögel in den Anlagen wird jedoch niemals eintreten, da es den Thieren dort in den seltensten Fällen gelingt, ihre Brut groß zu ziehen. Alle Vogelnester, welche nicht in den höchsten Gipfeln der Bäume angelegt sind, werden von den Raben der Anlagebewohner herausgerissen und die Brut zerstört. Erst gestern beobachteten wir eine Kage, welche in der Zeit von  $\frac{3}{4}$  Stunden zwei Nester verbeerte. So lange die Anlagebewohner die Rabenliebhaberei nicht aufgeben, wird also auch auf eine Vermehrung der Singvögel und dadurch auf eine erhöhte Anziehungskraft der Anlagen nicht zu rechnen sein.

— Obgleich sowohl nach preussischem Landesrecht als auch nach der Reichsgesezgebung jeder Beamte bei dem Dienstantritt eidlich zu verpflichten ist, ist er nach einem Erkenntniß des Obergerichtes vom 22. April 1879 dennoch im Sinne des St.-G.-B. schon vor der Vereidigung als Beamter zu betrachten, wenn er zur fraglichen Zeit bereits die ihm überwiesenen Amtsgeschäfte definitiv oder auch nur provisorisch übernommen hat.





